

Solarstromförderung

Auch nach Kürzungen winken hohe Renditen

Ab dem 1. Januar sinkt die staatliche Förderung für Solaranlagen um neun Prozent. Bundesumweltminister Norbert Röttgen (FDP) will die Subventionierung weiter kürzen. Selbst das dürfte den Boom bei Photovoltaikanlagen kaum bremsen.

Von Stefan Preuß

STUTTGART. Nach dem flauen Jahresstart sah es lange nicht danach aus, aber das Jahr 2009 wird als neues Rekordjahr bei der Installation von Photovoltaikanlagen in Deutschland eingehen. Auf einen Zubau von etwa vier Gigawatt (GW) Spitzenleistung veranschlagt das Branchenblatt Photon das Jahresergebnis. Dazu beigetragen hat der extreme Preisverfall bei Modulen, der für eine hohe Nachfrage gesorgt hat. Nach Angaben des Bundesverbands der Solarwirtschaft (BSW) seien die Preise im Jahr 2009 um durchschnittlich 26 Prozent gesunken.

Rehabilität sinkt, wenn Einspeisevergütung gekürzt wird

Angesichts üppiger Renditen von mehr als zehn Prozent wollen Politiker der Koalition die Einspeisevergütung über die im Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG) vereinbarte Degression (neun Prozent) hinaus senken. Angesichts der diskutierten Zusatzkürzung wird die bange Frage gestellt: Lohnt sich künftig überhaupt noch die Installation einer Anlage? „Natürlich“, befindet der Bundesverband der Solarwirtschaft (BSW). „Der Run auf Solaranlagen ist erfreulich und auch verständlich“, so Carsten Körnig vom BSW,



Für großflächige Photovoltaikanlagen herrscht weiter große Nachfrage der Investoren, weil die Renditen im Geschäft mit der Sonne attraktiv sind. FOTO: DPA

„aber auch im nächsten Jahr wird sich die Investition in Solaranlagen in der Regel auszahlen.“

Auch im Großanlagenbau herrscht weiter große Nachfrage der Investoren: „Nach wie vor ist jedoch der Dächerangel das größte Problem“, sagt Stefan Lutz, Geschäftsführer der Climasol GmbH, Ulm, die Photovoltaikanlagen auf großen Flachdächern installiert. Oftmals zögern Immobilienbesitzer, ihre Hallen zu verpachten oder selbst in eine Anlage zu investieren. Dabei würden Geldgeber in Zeiten der Finanzkrise Investitionen in reale Werte stark nachfragen,

erst recht, wenn Staatsanleihen mit weniger als drei Prozent rentieren. Lutz' Ausblick für 2010: „Photovoltaikanlagen bleiben weiterhin interessant für Investoren.“

„Auch im neuen Jahr wird sich die Investition in Solaranlagen auszahlen.“

Carsten Körnig, Geschäftsführer Bundesverband Solarwirtschaft

Dass beim Preisniveau durchaus noch Luft nach unten besteht, machte der weltgrößte Hersteller von Dünnschichtmodulen, First Solar, per Pressemitteilung deutlich: Man schaffe es nunmehr, das Wattpeak für weniger als einen US-Dollar zu produzieren. Die Hersteller aus Baden-Württemberg wie Sunways oder Solarfabrik liegen hier für ihre kristallinen Module zwar deutlich darüber – Experten halten aber Prei-

se von weniger als 3000 Euro pro Kilowatt-Peak für Qualitätsanlagen in 2010 für realistisch. Dabei haben bislang lediglich die Preise für Module nachgegeben, während Montagegestelle und Wechselrichter knapp und damit teuer sind. Deshalb sehen Branchenkenner durchaus Luft, im Laufe des Jahres die Vergütung außerplanmäßig zu senken.

„Solarstrom nicht künstlich teuer halten“

Photon-Chefredakteurin Anne Kreuzmann sieht die hohen Zubauzahlen als Beleg dafür, wie sehr die Photovoltaik bislang unterschätzt wurde. „Doch damit Solarstrom nennenswert gegen die Klimakatastrophe wirkt, muss der Zubau noch schneller vorangehen und eher bei zehn Gigawatt pro Jahr liegen.“

Um solch hohe Raten zu ermöglichen, sollte nach Ansicht der Photovoltaikexperten die Einspeisevergütung stärker als geplant gesenkt werden: „Die Herstellungskosten für Solarmodule sind aufgrund der Massenproduktion inzwischen sehr niedrig. Wir sollten Solarstrom nicht künstlich teuer halten, denn dies würde bei den benötigten hohen Zubauzahlen dessen gesellschaftliche Akzeptanz gefährden.“

Bei den Installateuren von Solaranlagen sorgt die Diskussion für eine Sonderkonjunktur: Durch die verminderten Anlagenpreise winken auch nach der gesetzlichen Degressionsstufe zweistellige Renditen. Entsprechend hoch ist die Nachfrage. Viele Betriebe sind bis weit ins kommende Jahr hinein ausgebucht.

Analyse

Im hinteren Abteil der Konjunkturlokomotive

Wirtschaft im Südwesten noch nicht über den Berg

Gegenwärtig erleben wir in Deutschland ein „kleines Wirtschaftswunder“: Obwohl in diesem Jahr die Wirtschaftsleistung – gemessen am realen Bruttoinlandsprodukt – mit am stärksten unter allen Industriestaaten eingebrochen ist, stieg gleichzeitig die Arbeitslosenquote bisher vergleichsweise wenig an. Dies liegt zum einen an den in den vergangenen Jahren insbesondere in der Industrie eingeführten flexibleren Arbeitszeitmodellen, die zumindest für eine gewisse Zeit eine erhebliche Reduzierung der Arbeitszeit ermöglichen, zum anderen am arbeitsmarktpolitischen Instrument der Kurzarbeit.

Im Maschinenbau, bei Kfz-Zulieferern sowie in der Metallherzeugung und -verarbeitung wird das Instrument der Kurzarbeit im Schnitt bei etwa drei Viertel aller Unternehmen, im Werkzeugmaschinenbau geradezu flächendeckend eingesetzt. Offensichtlich wollen die meisten Firmen ihre Stammebelegschaft möglichst halten. Diese Unternehmenspolitik ist nicht zuletzt vor dem Hintergrund des teilweise bereits bestehenden oder des mittelfristig drohenden Mangels an Fachkräften zu beobachten.

Es ist klar, dass diese Durchhaltepolitik nur für einen begrenzten Zeitraum praktiziert werden kann. Die gegenwärtige Unterauslastung des Produktionsfaktors Arbeit verschlechtert die betriebswirtschaftlichen Erfolgskennziffern; sie führt beispielsweise zu einem – hoffentlich nur vorübergehenden – deutlichen Anstieg der statistisch gemessenen Lohnstückkosten. Damit diese Politik auch endgültig als Erfolg verbucht



Peter Merk, Chefvolkswirt der Landesbank Baden-Württemberg

werden kann, muss nicht nur das rettende Ufer eines nachhaltigen Aufschwungs der Weltwirtschaft in greifbarer Nähe sein, es müssen auch alle Beteiligten am gleichen Strang ziehen. Das gilt insbesondere für die Banken, die den zu Beginn eines Aufschwungs steigenden Liquiditätsbedarf der Unternehmen zur Vorfinanzierung neuer Aufträge befriedigen müssen.

Der Zugang zu Krediten wird daher für die Unternehmen voraussichtlich ab dem kommenden Frühjahr zu einer entscheidenden Frage werden. Dann werden die im Vergleich zum Vorjahr insgesamt deutlich schlechteren Bilanzen für das Jahr 2009 vorliegen, die aus aufsichtsrechtlichen Gründen die Kreditvergabe zumindest erschweren.

Gleichzeitig dürfte dann der Aufschwung nachhaltiger Konturen gewinnen. Gemessen an allen einschlägigen Indikatoren fährt die Konjunkturlokomotive inzwischen überall wieder in die richtige Richtung. Aufgrund unseres spezifischen Produktangebots im Südwesten sitzen wir allerdings eher im hinteren Zugteil. Geduld und Durchhaltevermögen bleiben also gefragt.

Landesstraße 1159

Straßenverbreiterung und zusätzlicher Rad- und Gehweg bringen Sicherheit

Landesstraßen sind Straßen, deren Baulast im Regelfall das jeweilige Bundesland zu tragen hat. Baden-Württemberg hat nun 2,3 Millionen Euro für den Ausbau der L1159 investiert.

SCHWÄBISCH GMÜND. Elf Monate dauerte der Ausbau der L1159 zwischen Wißgoldingen und Rechberg. In dieser Zeit hat das Land Baden-Württemberg in diesem Streckenabschnitt rund 2,3 Millionen Euro verbaut. Dieses Geld sei sehr gut angelegt. Nicht zuletzt profitiere die gesamte Region, da durch den Ausbau die Anbindung an das überregionale Straßennetz optimiert worden sei, betonte Staatssekretär Rudolf Köberle bei der feierlichen Verkehrsübergabe im Oktober.

Gemeinsames Anliegen von Schwäbisch Gmünd und Waldstetten

„Durch den Ausbau ist die Strecke für alle Verkehrsteilnehmer sicherer geworden. Die Straße wurde insgesamt verbreitert und die engen Kurven beseitigt. Der Straßenbegleitende Rad-, Geh- und Wirtschaftsweg führt zu einem besseren Verkehrsfluss und zu mehr Verkehrssicherheit“, sagte Köberle. Regierungspräsident Johannes Schmalz würdigte bei dieser Gelegenheit die Beharrlichkeit, mit der Schwäbisch Gmünd und Waldstetten das gemeinsame Anliegen des Straßenausbaus vertreten hatten.

Die Baumaßnahme umfasste den Vollausbau auf rund 2,3 Kilometer weitgehend entlang der vorhandenen Linienführung der ursprünglichen Straße. Insgesamt verbreiterten die Mitarbeiter des Regierungspräsidiums Stuttgart, Baubüro Schwäbisch Gmünd, die Straße von bisher 5,2 bis 5,5 Meter auf sechs Meter. In Kurvenbereichen ist die L1159 nun bis zu 8,5 Meter breiter. Dazu wurden die Kurvenbereiche zusätzlich abgeflacht. Der zusätzliche Geh-, Rad- und Wirtschaftsweg dient auf rund 220 Metern Länge als Verbindung vom Ortsausgang Rechberg und dem Geh-, Rad- und Wirtschaftsweg unterm Stufen.

Besonders herausgehoben werden muss laut Fachleuten die Verbesserung des schlechten Ausbausstands und der Straßenschäden aufgrund ungenügenden Unterbaus. Zudem wurde die bisher unstete Linienführung verbessert.

Für das Projekt und die einvernehmliche Planung bezeichnend ist laut Regierungspräsidium Stuttgart auch, dass der Grunderwerb komplett auf freiwilliger Basis durchgeführt werden konnte.

Doch die Bautätigkeit und die Planungen sind noch nicht beendet: Der weitere Verlauf der L1159 von Rechberg nach Straßdorf befindet sich ebenfalls im vordringlichen Bedarf des Generalverkehrsplans (GVP) 1995. Im Detail steht der Aus- und Neubau auf einer Länge von drei Kilometern an. Mit Kosten von rund 6,1 Millionen Euro wird hierfür gerechnet. Die Planung für den zweiten Bauabschnitt wurde noch nicht be-

gonnen. Diese Maßnahme tangiert das Fauna-Flora-Habitat-Gebiet (FFH-Gebiet) „Albtrauf – Donzdorf – Heubach“. Die FFH-Vorprüfung ergab laut Regierungspräsidium, dass eine erhebliche Beeinträchtigung des Schutzgebietes ausgeschlossen werden kann, eine FFH-Verträglichkeitsprüfung war daher nicht erforderlich.

Gut ausgebaute Straßen sind Standortfaktoren

Um den prognostizierten Verkehrszuwachs auf den Straßen im Land bewältigen zu können, brauche es ein gut ausgebautes Straßennetz mit Ortsumgehungen und sicher ausgebauten Ortsdurchfahrten, betonte Köberle bei der Verkehrsfreigabe der L1159. Außerdem seien gut ausgebaute Straßen notwendig, um die Standortbedingungen im Land zu garantieren und stetig zu verbessern. „Wir müssen aber auch deswegen in den Ausbau von Straßen investieren, weil gute Straßen Verkehrssicherheit und Lebensqualität mit sich bringen“, heißt es aus dem Regierungspräsidium. (sta)



Die Landesstraße 1159 kurz vor der Ortseinfahrt Rechberg. Der Übergang von der neuen zur alten Straße ist gut zu erkennen. FOTO: REGIERUNGSPRÄSIDIUM STUTTGART

Daten und Fakten

Baulastträger: Land Baden-Württemberg, vertreten durch das Regierungspräsidium Stuttgart
Kosten: rund 2,3 Millionen Euro
Bauzeit: 11/2008 bis 10/2009

Länge der Baustrecke: rund 2,32 Kilometer
Länge der Nebenstrecken: rund 0,22 Kilometer Rad-, Geh- und Wirtschaftsweg

BORTOLAZZI

BAUUNTERNEHMEN
STRASSENBAU
SCHOTTERWERK

ERDBAU
KANALBAU
PFLASTERUNGEN
DEPONIEBAU
BETONBAU
FELDWEGEBAU
SCHWARZDECKENBAU

Bortolazzi Straßenbau GmbH
Neue Nördlinger Straße 1
73441 Bopfingen
Tel. (07362) 9627-0
Fax (07362) 9627-77
info@bortolazzi.de
www.bortolazzi.de



LEISTUNG
KOMPETENZ
PARTNERSCHAFT

LK&P INGENIEURE GBR
 GESELLSCHAFTER
STEFAN KALMUS
THOMAS FISCHER
 BAULEITPLANUNG
UND STÄDTEBAU
 ABWASSERBESEITIGUNG
UND KLÄRTECHNIK
 WASSERVERSORGUNG
UND UMWELTBAU
 STRASSEN- UND
BRÜCKENBAU
 INGENIEURVERMESSUNG
 DIE UMFASSENDE
BETREUUNG UND
BERATUNG DER
KOMMUNEN IST EIN
SPEZIELLES KONZEPT
VON UNS

UHLANDSTRASSE 39
73557 MUTLANGEN
TELEFON 07171/10447-0
TELEFAX 07171/10447-70
post@lkp-ingenieure.de
www.lkp-ingenieure.de